

30./IX. 1916

Die Staatsangestellten beim Ministerpräsidenten.

Am 26. d. erschien, wie berichtet, unter Führung der Abgeordneten Dr. Groß und Bacher eine Abordnung der Staatsbediensteten beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh. In derselben waren der Verein der deutschen Staatsbeamten in Böhmen durch den Oberfinanzrat Dr. Lanna, der Reichsbund deutscher Postler durch seinen Obmann Paul Bogatschnigg, ferner der Deutschösterreichische Eisenbahnbeamtenverein und der Reichsbund deutscher Eisenbahner vertreten. Oberfinanzrat Lanna legte unter Beibringung von ausführlichem statistischen Material die Wünsche der Staatsangestellten dar, die eine Feuerungszulage von 50 bis 70 Prozent verlangen, wobei die oberen Rangsklassen 50 Prozent, die unteren bis 70 Prozent erhalten sollen. Bogatschnigg wies insbesondere auf die Notlage der Postoffizianten hin, die bei der Gewährung der dormaligen Feuerungszulage erst durch eine Nachtragsverordnung berücksichtigt wurden. Ministerpräsident Graf Stürgkh sagte, es werde Gegenstand der Erwägung sein müssen, in welchem Umfang eine erweiterte Fürsorge hinsichtlich der Feuerungszulagen getroffen werden könne. Bei dem allgemeinen Charakter der Notlage müßte sich eine Hilfsaktion selbstverständlich auch auf alle Kategorien der Staatsbediensteten erstrecken, wobei nach wie vor der Grundsatz anzuwenden sei, daß bei Prozentzahlen die unteren Kategorien eine verhältnismäßig stärkere Berücksichtigung erfahren. Auf die Frage der Höhe der Zulagen könne er sich nicht erlassen. Das sei eine Sache sorgfältiger Erwägung und großer Verantwortung, wobei vor allem die Finanzverwaltung mitzusprechen habe. Der Vorgang in Ungarn, wo von 20 auf 35 Prozent hinaufgegangen worden sei, sei jedenfalls nicht ohne Einfluß darauf, daß die Staatsangestellten neuerlich an die Regierung herantreten. Ohne in Einzelheiten einzugehen, könne er nur versichern, daß er seine ganze Aufmerksamkeit dem Ziel anwende, den Staatsangestellten zu helfen.